

Postulat Fraktion SP (Lena Sorg/Michael Sutter, SP): Vereinfachte Kontrolle der Sondertarife für die Berner Wohnbevölkerung

Anlässlich der Debatten zum Entsorgungshof Schermen, zur Sanierung des Stadttheaters und zum neuen Tierparkreglement war die Ausgestaltung und die Kontrolle der Tarife der Benutzenden bzw. der Besucherinnen und Besucher immer wieder ein Diskussionspunkt. Insbesondere stellt sich die Frage, wo und in welchem Umfang Besucherinnen und Besucher der Stadt Bern von Leistungen profitieren, die durch die Stadt Bern finanziert werden und an deren Kosten sich ihre Wohnsitzgemeinden nicht beteiligen.

Der kantonale Finanz- und Lastenausgleich (Art. 13-16 FILAG) setzt für die Entlastung von Gemeinden mit Zentrumsfunktionen zwei Instrumente ein. Einerseits werden die Zentrumslasten bei der Berechnung des Finanzausgleichs berücksichtigt, andererseits wird eine pauschale Abgeltung der Zentrumslasten durch einen Zuschuss ausgerichtet. Allerdings ist davon auszugehen, dass diese kantonale Entlastung die tatsächlichen städtischen Aufwendungen nicht deckt. Weil der Kanton Bern aufgrund des Spardruckes zunehmend bei Leistungen an die Gemeinden Kürzungen vornimmt, gilt es zu hinterfragen, ob die Stadt Bern Leistungen übernehmen soll, von welchen die umliegenden Gemeinden profitieren, ohne sich an den Kosten zu beteiligen, und die auch nicht mehr hinreichend über den kantonalen Finanz- und Lastenausgleich abgegolten werden.

Aus Sicht der SP-Fraktion kann es in bestimmten Bereichen, z.B. bei Kultur- und Sporteinrichtungen, daher angebracht sein, dass Auswärtige im Vergleich zur städtischen Wohnbevölkerung höhere Eintrittspreise oder höhere Gebühren bezahlen. Bei den Unterscheidungen geht es nicht darum, das Leistungsangebot für Auswärtige zu schmälern, sondern zu verhindern, dass mit städtischem Steuersubstrat unverhältnismässig Leistungen an Auswärtige subventioniert werden.

im Vortrag des Gemeinderats zum Baukredit Entsorgungshof Schermen heisst es, dass höhere Einnahmen durch eine „bessere Kontrolle der Auswärtigen“ generiert werden sollen. Beim Tierpark besteht bereits heute die Regelung, dass die Berner Schulen keinen Eintritt bezahlen müssen. Auch bei den städtischen Hallenbädern sind Preisdifferenzierungen zwischen Einheimischen und Auswärtigen denkbar. Dasselbe ist z.B. beim Stadttheater der Fall, wo sich die umliegenden Gemeinden schwertun, finanzielle Beiträge an Investitions- oder Betriebskosten zu leisten, obwohl ein beträchtlicher Anteil der Nutzenden nicht in der Stadt Bern wohnt. Mittels einer „Einheimischenkarte“, wie sie in zahlreichen Gemeinden der Schweiz existiert, könnte sichergestellt werden, dass ausschliesslich über städtische Steuermittel vergünstigte Tarife gezielt den Bewohnern und Bewohnerinnen der Stadt Bern zugutekommen.

Die SP-Fraktion fordert den Gemeinderat daher auf,

1. aufzuzeigen, in welchen Bereichen und Institutionen derzeit unterschiedliche Tarife für Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt Bern und Auswärtigen zur Anwendung gelangen.
2. aufzuzeigen, wie die Preisdifferenzierungen für Einheimische und Auswärtige aktuell kontrolliert und sichergestellt werden;
3. aufzuzeigen, welche Möglichkeiten bestehen, um Preisdifferenzierungen praktisch und technisch zuverlässig umzusetzen (z.B. mittels einer Einheimischenkarte);
4. aufzuzeigen, in welchen Bereichen und Institutionen neu spezielle Tarife für Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt Bern eingeführt werden könnten, falls eine Einheimischenkarte eingeführt würde;
5. abzuklären, wie hoch die Kosten für eine Einheimischenkarte wären, und welche Mehreinnahmen dadurch generiert werden könnten.

Bern, 05. Dezember 2013

Erstunterzeichnende: Lena Sorg, Michael Sutter

Mitunterzeichnende: Benno Frauchiger, Stefan Jordi, Annette Lehmann, Halua Pinto de Magalhães, Fuat Köçer, Bettina Stüssi, Hasim Sönmez, Marieke Kruit, Patrizia Mordini, Gisela Vollmer, David Stampfli, Nicola von Greyerz, Peter Marbet, Nadja Kehrl-Feldmann, Katharina Altas, Yasemin Cevik, Lea Kusano, Lukas Meier, Rithy Chheng, Thomas Göttin